

Kasten 2

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,09 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist aufgrund der Euroabwertung etwas gestiegen und liegt im Prognosezeitraum in etwa auf dem Niveau des Jahres 2016. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2022 um 3,4% und im folgenden Jahr um 3,0% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Hauptrefinanzierungssatz im Frühjahr 2023 auf 0,25% anheben wird. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2022 bei 111 US-Dollar je Barrel und im Jahr darauf bei 112 US-Dollar.

Über den Fortgang der Pandemie in Deutschland wird unterstellt, dass die Zahlen der Infektionen nach einem nicht übermäßig starken Anstieg in März und April im Lauf des zweiten Quartals zu sinken beginnen und im Herbst auf niedrigem Niveau bleiben. Die nach dem 20. März noch verbleibenden Eindämmungsmaßnahmen werden das Sommerhalbjahr über nach und nach aufgehoben.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet. Zwar hat die neue Bundesregierung für das laufende Jahr bereits zahlreiche expansiv wirkende finanzpolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zählen insbesondere die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 und die Anhebung der Werbungskostenpauschale und des Grundfreibetrags rückwirkend zum 1. Januar 2022. Hinzu kommen weitere Entlastungen von Unternehmen und privaten Haushalten zur Abfederung des Anstiegs der Energie- und sonstigen Verbraucherpreise, wie die Anhebung der Pendlerpauschale, ein einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und einmalige Zuschüsse für Empfänger von Arbeitslosengeld II und von Armut bedrohte Kinder. Außerdem wirken die Einführung der Grundrente, die Pflegereform, ein weiterer Pflegebonus und die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben expansiv. Zudem wurden bereits ergriffene Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verlängert. Hierzu zählen die Überbrückungshilfen, der erleichterte Zugang zur Grundsicherung, die erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit oder die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese Maßnahmen mit dem in dieser Prognose unterstellten Abflauen der Pandemie immer weniger in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus wirken die Wiedereinführung des Nachholfaktors bei der Rentenanpassung und diverse steuerliche Maßnahmen, etwa bei der Tabaksteuer, nachfragedämpfend, so dass sich im Jahr 2022 insgesamt ein restriktiver finanzpolitischer Impuls in Höhe von 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergibt (vgl. Tabelle A13).

Im Jahr 2023 dürfte die Finanzpolitik nach jetzigem Stand nochmals restriktiver ausgerichtet sein als im laufenden Jahr. Zum einen entfallen die Corona-Maßnahmen dann annahmegemäß komplett, zum anderen steigt der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte. Außerdem dürfte der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung deutlich steigen. Obwohl dann die Verteidigungsausgaben weiter erhöht werden, investive Maßnahmen in den Klimaschutz anlaufen, der Sparerfreibetrag angehoben und Entlastungen bei der Rentenbesteuerung greifen, ergibt sich dennoch ein restriktiver finanzpolitischer Impuls in Höhe von 1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im gesamten Prognosezeitraum dürften allerdings weitere Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom November 2021 umgesetzt werden, die den nachfragedämpfenden Effekt der Finanzpolitik weiter schmälern würden.